

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

am am Sonabend Gegenstand langer Debatten in Folge einer Interpellation in der Pariser Depu'tirtenkammer. Gudin sprach sich lebhaft über die Schwäche aus, welche die Großmächte der Türkei, und über das geringe Maß von Großmut, welches sie Griechenland gegenüber gezeigt hätten, und verlangt Aufklärungen in Betreff Kretas. Hierauf befrag der Minister des Äußeren Kanotarg die Tribüne. Derselbe antwortete auf die Interpellation, Niemand könne daran zweifeln, daß es sein Wunsch sei, eine tatsächliche Autonomie auf Kreta eingeführt zu sehen. Was die Nennung Thessaliens betreffe, so werde sich die französische Regierung alle Mühe geben, den Eventualitäten zuvorzukommen, welche Gudin befürchte. Man habe die Regierung beschuldigt, daß sie nichts gethan habe, daß sie den Einfluß einer anderen Macht habe wachsen lassen, daß sie den Frieden nicht habe durchsetzen können; aber Frankreich stehe nicht allein in Europa, es sei nicht allein interessiert im Orient; Frankreich habe geglaubt, sich den gemeinsamen Wert anschließen zu müssen. Der Einfluß Frankreichs im Orient sei in keiner Weise beeinträchtigt, die katholischen Gemeinden erfreuen sich absoluter Sicherheit. Frankreich habe sich keiner seiner Pflichten im Orient entzogen, seine Politik werde durch zwei Grundzüge geleitet, nämlich Aufrechterhaltung des status quo in Betreff der Landesabgrenzung und Vertheilung der europäischen Auffassung von Gerechtigkeit und Menschlichkeit. In dieser Richtung bewegen sich die Aufstrengungen aller Mächte; es sei ihnen gelungen, den Krieg zu lokalisieren und Kreta als anvertrautes Gut in ihre Hände zu bekommen. Es würde ungerecht sein, aus den Verzögerungen, welche Alle bedauern, der einen oder der anderen Macht einen Vorwurf zu machen, übrigens jeder Tag bringe einen Fortschritt. Die Frage der Kriegsentfälschung sei beinahe geregelt, die der Grenzregulirung werde es auch in aller nächster Zeit sein. Es sei leicht Kritik zu üben, es sei aber richtiger, sich vor Augen zu führen, wie verwickelt das Problem sei. Das europäische Konzert habe den allgemeinen Frieden aufrecht erhalten und bemühe sich jetzt, von dem Sieger Mäßigung zu erlangen. Die Regierung erwarte, daß die Kammer ihre Handlungen billigen werde. (Beifall.) Goblet kritisierte die gegen Griechenland angewandte Politik und die Inaktivität, zu der man seine Fotte verurtheile. Die verfolgte Politik habe zwar den Krieg lokalisiert, aber habe zugelassen, daß Deutschland die vorherrschende Stelle einnehmen und die Türkei sich wieder aufzurichte, während die Stellung Frankreichs herabgemindert wurde. Die Fragen der Reformen in der Türkei und der Autonomie auf Kreta seien nicht gelöst worden; die Türkei bedeute Thessalien aus. Redner mißbilligte deshalb die verfolgte Politik. Ministerpräsident Melene antwortete, es sei nicht Schuld der französischen Regierung, wenn Griechenland, Eingebungen aus der französischen Kammer selbst nachgebend, sich weigerte, auf den Rath Europas zu hören. Sympatien für Griechenland beträgen, wie es Goblet wünscht, viele tatsächlich interdenten und der Türkei den Krieg erklären, hinter der man eine Macht finden würde, welche man fenne. Die Regierung verfolge eine Politik des Zusammengehens mit den Mächten, auch spielte Frankreich, auf eine partielle Haltung auszunehmen, die Rolle des Schiedsrichters. Es sei die Einigkeit der Mächte gewesen, die ihre Stärke ausmachte; Deutschland selbst habe in der letzten Zeit seine feste Absicht gezeigt, dem Enten den Willen der Mächte aufzudrängen. Diese Politik sei zum Heil gewesen, ohne diese wäre es zum allgemeinen Weltbrand gekommen. Die Regierung bitte die Kammer um die Ermächtigung, diese Politik weiterführen zu dürfen. (Beifall.) Der Frieden sei wahrscheinlich, und er sei gewiß, wenn das Konzert der Mächte sich erhalte. Wenn der Frieden geschlossen sein werde, werden die Mächte ihre Aufgabe weiterführen, indem sie durch Verwaltungsreformen die Autonomie auf Kreta heiligen (beifalliger Beifall). Nach einigen Bemerkungen Goblets wird die Verathung geschlossen. Mehrere Tagesordnungen sind eingebracht. Melene nimmt eine Tagesordnung Derals an, durch die die Regierungserklärung gebilligt wird; die Kammer beschloß, die Tagesordnung anzunehmen.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, soll ein telegraphisches Ultimatum des Jaren die sofortige Nennung Thessaliens fordern, da sonst Truppen die Grenze überschreiten würden. Ausland scheint der Zustimmung der Mächte sicher, ob Englands, ist zweifelhaft.

Konstantinopel, 18. Juli. Die Friedensverhandlungen zwischen den Völkstämten und der Pforte nehmen anabander einen schließenden Verlauf, da die türkischen Delegirten bei den Völkstämten nicht erscheinen oder innerer neue Einwendungen machen und weitere Forderungen aufstellen. In Völkstämtenkreisen ist man hierüber außerordentlich erregt und beabsichtigen dieselben neuerdings eine Esfirung der Verhandlungen. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß ohne Zwangsmahregeln die Türkei nicht nachgeben werde.

Konstantinopel, 18. Juli. In der gestrigen Sitzung in Sachen der Friedensverhandlungen wurde trotz der letzten Erklärung Tewfik Paschas von türkischer Seite verurtheilt, in Bezug auf die Grenzfrage Widerstand zu leisten, weshalb die Völkstämter energisch eine schriftliche Erklärung über die Annahme der von den Mächten festgestellten Grenze verlangten. Die Völkstämter sind über das heutige Verhaltenlassen und die von türkischer Seite beobachtete Haltung sehr ungehalten. Trotz der neuerlichen Verzögerungen sowie der vom Hofe vorliegenden Verzögerungen und der Prekmissionen, welche nach die vor an der Peneiosgrenze festhalten, hofft man in den Völkstämtenkreisen auf einen baldigen Friedensschluß, wenn auch bis zur Unterzeichnung des Friedens und anlässlich der Durchführung noch mannigfache Schwierigkeiten erwartet werden.

Der **Kaiser**, dessen Befinden durchaus zufriedenstellend ist, setzt seine Nordlandreise fort. Welche Höfen während der nächsten Wochen angelaufen werden sollen, steht noch nicht fest. Ein Kourier hat mit den Kabinetskassen Berlin am Sonnabend verlassen, um sich über Kopenhagen nach Norwegen an Bord eines der beiden Torpedoboote, die als Despatchfahrzeuge dienen, zu begeben. — Der **König und die Königin von Sachsen** haben gestern mit großem Gefolge in Bad Ems ein und nahmen im Grand Hotel Wettiner Hof Wohnung. — Am heutigen Montag begibt die **Großherzogin Augusta von Mecklenburg-Strelitz** die Feier ihres 75jährigen Geburtstages. Sie wurde am 19. Juni 1822 als Tochter des verstorbenen Herzogs Adolf von Cambridge geboren und vermählte sich am 28. Juni 1843 mit dem damaligen Erprinzen Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz, einem Neffen der am 19. Juli 1810 verstorbenen Königin Luise von Preußen, der am 6. September 1860 seinem Vater nach dessen Ableben in der Regierung folgte. Ihr einziger Sohn ist der jetzige Erbprinz Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, der am 22. d. M. in sein fünfzigstes Lebensjahr eintritt. — **Dr. Reinhold**, welcher durch seine Abschiedsrede in Wiesbaden schnell bekannt geworden ist, ist, wie die „Krenzzeitg.“ schreibt, lediglich als Amtsgerichtsrath von Wiesbaden nach Berlin versetzt worden und hat dabei den Titel eines außerordentlichen Professors erhalten, um nebenher auch an der Universität Vorlesungen über Nationalökonomie zu halten; irgendwelche Besoldung bezieht er dafür nicht. — In der Stadt Preetz in Schleswig-Volstein ist am Freitag dem unerschrockenen Kämpfer für Schleswig-Volsteins Recht, Freiheit und Unabhängigkeit, dem **Grafen Friedrich Reventlow**, an seinem 100jährigen Geburtstag ein **Denkmal** errichtet worden. Reventlow war im Freiheitskampfe gegen Dänemark 1848–51 Mitglied der provisorischen Regierung und gemeinsam mit Bessler Statthalter der Herzogthümer Schleswig-Volstein bis zur traurigen Niederlage bei Sjöbst. — Ein **neues polnisches Blatt** erscheint unter dem Titel „Przeglądnik polowia“ („Gesundheits-Führer“) seit Kurzem in Berlin. Das neue Organ ist der Förderung der Gesundheitspflege, Naturheilmethoden und vegetarischen Lebensweise in polnischen Kreisen gewidmet. Als Herausgeber und Redakteur zeichnet ein Herr A. Czarnowski. — Im letzten Winter hatten die städtischen Behörden der **Mannheim** beschloßen, den **Arbeitslosen Beschäftigung** zu geben, dies hat, wie in der letzten Sitzung des Stadtraths mitgetheilt wurde, der Stadtrath eine nicht unbedeutende Ausgabe verursacht. Die Beschäftigung bestand in Steinschlagen und betrug ca. 3 Monate. Die Zahl der Arbeitslosen betrug ca. 361. Die Stadt hat 14 465,90 Mark mehr zu veranschlagen, als sie der Schöffe gefordert hätte, wenn er von den Steinbrüchen in geschlagenem Zustande bezogen worden wäre. — Der Verein **Steinhöfen-Haus zu Bonn** hat aus dem Ertrage des diesjährigen Stammmusikfestes drei Preise von je 2000 Mark für hervorragende Werke auf dem Gebiete der Stammmusik angesetzt. — Eine Parteiversammlung der **Sozialdemokraten** zu Altona beschloß, die Theilnehmung an den **preussischen Landtagswahlen** auf dem abgelaufenen Parteitagreß zu befeuern. — Als am 19. Juni ein jüdischer Kaufmann aus Halle a. S. sein am Bahnhofs zu Köln zur Aufbewahrung gegebenes Handgepäck abholte, sah er am Fenster des Aufbewahrungsräume eine in Form der Fahrkarten hergestellte grüneisse Empfehlungskarte mit der auffälligen Ueberschrift: „**Judenfreies Hotel-Restaurant Kölner Hof**“. Auf die an den Beamten gerichtete Frage, wie diese Karte an diesen Platz komme, erhielt er die Antwort: „Das geht Niemand etwas an!“ — Auf diese dieselhalb erhobene Beschwerde des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat die königl. Eisenbahndirection Köln unter dem 30. Juni folgenden Bescheid ertheilt: „In der auf Ihre Beschwerde vom 24. d. M. sofort angestellten Untersuchung hat nicht ermittelt werden können, durch wen die von Ihnen eingekaufte Karte in den Gepäck-Aufbewahrungsräume gelangt ist. Es wurde auch kein Anhalt dafür gefunden, daß einer der nicht in unserm, sondern in Dienste eines Privatunternehmers stehenden Gepäckaufbewahrer, oder das übrige Personal an der Verbreitung jener anstößigen Karte mitgewirkt habe. Es haben sich nur Anhaltspunkte für den Verdacht ergeben, daß die Karte durch einen Beauftragten des Frankfurter Gasthauses im Bahnhof vertheilt und ausgeteilt worden sind, ohne daß dies durch unsere Angestellten bemerkt wurde und hätte verhindert werden können. Auf alle Fälle hat sich der Gepäckaufbewahrer einer groben Ungehörigkeit schuldig gemacht, daß er die Karte, sobald er dieselbe aufmerksam gemacht war, nicht sofort entfernt und sich überdies gegen den Herrn, der ihn auf die Karte aufmerksam machte, der von Ihnen geschriebenen bedauerlichen Ungehörigkeiten schuldig machte. Der Schuldige wurde ermittelt und entsprechend bestraft. Wir haben Anordnungen getroffen, daß die beklagten Ungehörigkeiten sich nicht wiederholen.“

Berlin, 19. Juli. Zur Solinger Rede des Ministers von Miquel schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe:

„Unser Urtheil über die Rede des Herrn Ministers kann kurz und knapp sein. Sie entspricht allenfalls unsern Anschauungen. Und wir wollen keine einseitige Behauptung aufstellen.“

die jetzt besonderen Schutzes bedürfen. Vielleicht hätte er noch hervorheben können, daß gerade Mittelstand und Landwirtschaft für die Erhaltung des Staatswesens nöthiger sind als die anderen Gruppen und Kreise. (1) Wir betragen ihm aber nicht, daß er diesem eigentlich selbstverständlichen Gedanken nicht besonderen Ausdruck gegeben hat. Von der ihm eigenen Klugheit, Stärke und Kraft erwarten wir, daß er das Seine dazu beitrage, diese seine trefflichen Worte in gesetzgeberische Thaten umzusetzen. Sollte das leiste wieder aufnehmende Vertrauen nochmals getrübt werden, dann dürfte es nur sehr schwer wieder Wurzel schlagen."

Zunächst wird der Bund der Landwirthe ja der ungebildeten Regierung die beste Gelegenheit geliefert, Farbe zu bekennen: vermöge der Zustimmung, durch Bruch der Verfassung und der Handelsverträge den Auftrag Kaiser vorläufig auf sechs Monate im Wege der Verordnung durchzuführen. Daß sie dies ablehnen wird, versteht sich von selbst; aber es wird sich zu zeigen haben, ob sie es mit derjenigen Entschiedenheit thut, welche gegenüber der in einer solchen Zustimmung sich befindenden Dreifachigkeit agitatorischer Irreleitung der ländlichen Bevölkerung und der Staatsordnung willen geboten ist.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Die Vertreter der Industrie haben den hier entwickelten Standpunkt nie verlassen, aber das alte Inbzwort von dem Kartell der deutschen Produktionsstände hat bei all seiner Wahrheit doch nicht die Kraft, sie mit extremen Forderungen der ostelbischen Agrarier anzusehnen. Das Junkerthum aber könnte nur durch einen starken Druck bewogen werden, von diesen Forderungen abzugeben. Es ist aber nicht abzusehen, woher dieser Druck kommen sollte; die Männer, die sich der agrarischen Demagogie entgegenwerfen, büssen diese Keckheit mit dem Verlust ihrer Stellung. Neue Männer werden berufen, den Fäden der alten Politik weiterzuspinnen; aber diese neuen Männer werden naturgemäß wenig Neigung haben, es durch ernste und nachdrückliche Mahnung zur Besonnenheit mit dem Junkerthum zu verderben. Diese Methode, die politische Situation von persönlichen Verstimnungen zu entlasten, schwächt also die Widerstandskraft der Regierung gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion. Unter diesen Umständen kann man dem Bürgerthum nur raten, sich nicht durch wohlgemeinte und verständliche Worte einschleichen zu lassen, sondern den Widerstand gegen die Bedrohung unserer Ausfuhrindustrie, gegen die Kanalgegnen, gegen die Münzverschlechterung gegen die prinzipielle Befehdung der Handelsvertragspolitik zu organisiren. Dr. v. Miquel hat in Solingen goßene Worte an uns gerichtet, die uns Allen aus dem Herzen gesprochen waren: er hat freilich auch nichts gesagt, was für uns alle nicht zum täglichen Brod der Politik gewöhnt. Dr. v. Miquel hat das Christenthum in christlichen Landen gepredigt; will der kluge Leiter unserer Finanzen politischen Augen schließen, so wird er den schweren Einsatz finden müssen, so paribus infidelium, in Dreibien, als Mission und Budgetprediger aufzutreten, denn die Mission ist der Verd der Unruhe, des Unfriedens und des Mäntelspiels. Dr. v. Miquel ist ja der Vertrauensmann der Agrarier, die Winderbunde von ihm erwarten; er ruft ihnen einmal mit weißem vernehmbarer Stimme zu, daß ihre Kaniziere und ihr Bimetallismus, ihre Hege gegen Kapital, Kaufmannschaft, Verkehr und Skandale, ihre grundsätzliche Verwerfung jeglicher Handelsvertragspolitik fatale Thorheiten sind, mit denen selbst ein Taupendelstörcher und Hymenweiser keine vernünftige Politik machen kann. Wir im deutschen Westen und Süden aber halten es einfaches mit dem Worte der Gromwellschen Reiterführaren: „Vau seht an Gott, mein Sohn, und halt' dein Fieber trock'n."

— Zu dem bevorstehenden Besuche des Kaisers in Petersburg wird der „Köln. Ztg.“ von dort geschrieben: Die Truppenübungen, die während des Besuchs des Kaisers Wilhelm bei Kaiserhof Solo statufindet, wird durch das Oberbefehlshaber der Garde und des Petersburg Militärbereichs Großfürst Wladimir Alexandrowich geleitet werden. An ihr nehmen zwei Garde-Infanteriediv. onen, zwei Garde-Infanteriedivisionen, die 37. Infanteriedivision, die zugehörigen Artilleriebrigaden, Nebeltruppen, Militärjäger u. s. w. theil, im Ganzen etwa fünf Infanteriedivisionen. Großfürst Wladimir befindet sich schon seit über 16 Jahren in seiner Stellung, die er 1881 antrat, als Kaiser Alexander III. den Thron bestieg. Fast ebenso lange ist Generalleutnant Bobrskoff sein Generalstabsch. f. Dieser, der geeignete Leiter der Geschäfte, ein überaus einflussreicher Mann, ist hier allgemein bekannt durch sein wenig verblüffendes Formen. General Bobrskoff ist mit dieser hohen, im Kriege so wichtigen Stellung beauftragt, obwohl er niemals an einen Feldzuge theilgenommen hat. Er ist ein Anhänger eines Bündnisses mit Frankreich, jedoch der französischen Sprache nicht mächtig; im Russisch durch und durch, wie man sie sich im Auslande oft in übertriebener Weise vorstellt. Anßer den beiden Genannten findet aber Kaiser Wilhelm fast alle höhern Stellungen neu befestigt, viele durch Großfürsten.

— Die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm im Herbst des nächsten Jahres nach Jerusalem kommen wird, um der Einweihung einer protestantischen Kirche beizuwohnen, hat auch unter den Israeliten Jerusalem, selbst denjenigen, welche nicht deutscher Zunge angehören, eine lebhaft Bewegung hervorgerufen und bei den dortigen jüdischen Behörden den Gedanken angeregt, dem Kaiser einen besonderen feierlichen Empfang zu bereiten. Es ist jetzt das zweite Mal, daß ein deutscher Kaiser nach Jerusalem kommt. Der erste war der Hofenstaute Kaiser Friedrich II., der sich auch zum Könige von Jerusalem krönte. Im Jahre 1869 wurde Kronprinz Friedrich Wilhelm, unserer spätere Kaiser Friedrich III., in den Mauern Jerusalem begrüßt. Einige Tage nach seiner Abreise hiel damals Kaiser Franz Joseph seinen Einzug in die heilige Stadt.

— Am 30. Juli, an welchem der General-

am 15. März 1888, ist Chef des reitenden Feldjägerkorps und des magdeburgischen Jüßler-Regiments, wird a la suite des Gardes-Jüßler-Regiments und des 3. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 71 geführt. Von seinen Söhnen ist der älteste Generalmajor und Kommandeur der 7. Kavalleriebrigade in Magdeburg, der zweite Major im ostpreussischen Dragoner-Regiment Nr. 19 und Adjutant bei seinem Vater.

— Ein Freund der „Neuen Kor.“, der kürzlich von einer Reise aus Südfrankreich zurückgekehrt ist und nach Paris bejagt hat, theilt dem obigen Blatt mit, daß die Einbrüche, die er in Frankreich gewonnen, ihn nach jeder Richtung als Deutschen beruhigen. In jeder Hinsicht scheinen die Franzosen gewaltigen Respekt vor unserer Armee zu haben, und dazu haben sie, wie der auch in militärischen Dingen immerhin urtheilsfähige Beobachter meint, alle Ursache, denn das Militär machte mit Ausnahme der Truppen von Paris keinen glänzenden Eindruck. Das heißt „glänzend“ war wohl vieles, etwas Theatralisches ist wohl in dem Auftreten der Soldaten, besonders der Offiziere, aber das Stramm, wie es in deutschen Heere so vortheilhaft jedem Laien in die Augen fällt, das fehlt in Frankreich. Doch dieser Erkenntniß entspringt nicht etwa der Respekt, den die Franzosen neuerdings mehr wie je vor den deutschen Waffen haben, das liege ihre Stelle nicht zu. Der Respekt kommt daher, daß sie sich in ihren vermeintlichen Verbündeten, den Russen, getäuscht sehen. Die Franzosen hatten geglaubt, die Russen zu einem Ugriffs-Kriege auf Deutschland zu gewinnen, die Russen sollten ihnen helfen, Gieß- und Kohlenzügen zurückzuerobern; aber die Russen denken ja gar nicht daran, die haben genug bei sich und an ihren Süds- und Nigengenen zu thun. Inzwischen aber halten sie die Franzosen hin, mißbrauchen ihr Vertrauen und lassen sich Geld vorjagen. Das Gefühl des Alleinsins ist es, das den Franzosen Respekt einflößt; vor denen sind wir sicher. Zudem beschäftigt sie ihre Weltansstellung. Auch in der Zurückstufung zu dieser gibt es Gelegenheit genug, von der Selbstüberhöhung, dem Erbfehlern der Franzosen, geheilt zu werden. Da und dort fühlt man wohl, daß man hinter dem Nachbarn zurückbleibt, selbst auf dem Gebiete der Kunst, und in der Industrie ist es besonders das Gebiet der Elektricität, auf dem Deutschland unstreift die Führung übernommen hat. Die Franzosen müssen aber wohl auch das Vertrauen in sich selbst verlieren haben, sonst wären Aeußerungen wie die nachfolgende, nicht möglich. Ein Franzose der höhern Gesellschaftsklasse sagte, nachdem der Wein ihn berebert gemacht hatte: „Man spricht so viel davon, daß der deutsche Kaiser im Jahre 1900 zur Ausstellung nach Paris kommen möchte. Das geht natürlich nicht an. Aber — fängt er erst hinzu — glauben Sie mir, es kam die Zeit kommen, wo wir Ihren Kaiser rufen müssen, um bei uns Ordnung zu schaffen.“ Muß es nicht traurig um das Land bestellt sein, wenn das ein Vertreter des einst so stolzen Volkes zu einem Fremden — ja zu einem Deutschen — zu sagen fertig bringt! Die Mißwirtschaft in der französischen Regierung und in der leitenden Gesellschaft ist daran schuld, wenn die einsichtslosen Kreise das Vertrauen verlieren. Die jüngsten Betrugsprozesse, in denen Leute von höchsten Würden an den Pranger gestellt wurden, haben die Verderbtheit gewisser Kreise wieder im rechten Lichte gezeigt. Ja, es ist vorzuziehen, daß Männer als Betrüger entlarvt wurden, denen das bankbare Vaterland soeben erst ein Denkmal gesetzt hatte. Dem gegenüber können wir Deutsche denn doch wohl beruhigt auf unsere Zustände schauen, wenn dieselben auch oft uns in wenig günstigem Lichte erscheinen lassen.

— Auf Grund der Bestimmung der neuen Börsenordnung, daß die Delegirten der Landwirthschaftskammern im Börsenvorstand der Productenbörse praktische Landwirth sein und ihre Funktionen ehrenamtlich ausüben müssen, hat der Börsenvorstand der Königsberger Productenbörse von dem Oberpräsidenten präsentirt Generalsecretär der Landwirthschaftskammer Dr. Rodewald nicht acceptirt. Diese Präsentation ist überflüssig, da der Königsberger Börsenvorstand auf die Zulassung von Vertretern der Landwirthschaft nur unter der Bedingung eingegangen war, daß als solche besoldete Angestellte der landwirthschaftlichen Organisationen nicht bezeichnet werden dürfen. Der „Dipress“, Generalanw., meldet zu der Angelegenheit noch, daß, nachdem ein Mitglied des Börsenvorstandes sein Amt niedergelegt und die Sitzung verlassen hatte, der einstimmige Beschluß gefaßt worden sei, vorerst bei der Regierung vorstufung zu werden und um Streichung jenes Herrn von der Börsenliste zu erwirken; bestehe die Regierung auf Annahme ihres Vorschlages, so sei der gesamte Vorstand entschlossen, sein Amt niederzulegen.

Köln, 13. Juli. Eine überaus stark besuchte Protestversammlung gegen die Vereinsgegenwärtige Beschluß, nach dem Kaiser der Reichsanwalts Gehalt sowie des Justizraths Müller, die Annahme einer von Fabrikanten-Schaff unterbreiteten Resolution, worin die Nothwendigkeit als unannehmbar erklärt und angeprochen wird, daß im Gesellschaft das jetzige Gesetz eine Erweiterung in freierheitlicher Richtung bedürfe.

Hannover, 18. Juli. Die „Hann. Tagesnachr.“ melden: Nach zuverlässigen Informationen hat der Oberpräsident von Hannover, Herr von Bennigsen, seinen Abschied zum 1. Januar 1890 bereits formell eingiebt.

Belgien.

Brüssel, 18. Juli. Sämtliche einflußreiche liberale Blätter stimmen dem Plan der Vereinigung der Liberalen aller Schattierungen in eine einzige Partei, welche gleichzeitig gegen die Sozialisten und Kerikalisten gerichtet ist, zu. Die Blätter veröffentlichen Aufrufe an die Wähler, dem Bündniß beizutreten.

Brüssel, 18. Juli. Die angesehensten liberalen Parteiführer Belgiens-erheben jedoch einen Aufruf zur Herstellung der Einheit im liberalen Lager. Der Aufruf weist auf den politischen, wirtschaftlichen und geistigen Niedergang Belgiens unter der ultramontanen Herrschaft hin.

Frankreich.
Paris, 18. Juli. Der frühere Justizminister Thevenet wird vor die Panamafamilienjustiz gestellt, weil er sich seiner Zeit geweigert habe, den damaligen Staatsanwalt Beaurepaire zu ermächtigen, gegen die Panamisten gerichtlich vorzugehen.
Dem „Figaro“ zufolge findet demnächst die Verlobung der Prinzessin Klodette, der jüngsten Schwester des Herzogs von Orleans, mit dem Prinzen Albert von Belgien statt.

Rußland.
Warschau, 18. Juli. Die Regierung bewilligte die Herstellung einer Verbindungslinie der Weichselbahn Tomaszow bis zur österreichischen Grenze.

Serbien.
Belgrad, 18. Juli. Die hiesigen Regierungskreise sind empört über die Deklamationen des Sultans, Serbien solle die fortgesetzten Einfälle der Serben auf türkisches Gebiet verhindern, während es doch nachweisbar ist, daß die Einfälle der Arnauten serbisches Gebiet verwüsten und daß die Kämpfe stets auf serbischem Gebiet stattgefunden haben.

Arbeiterbewegung.
Köln, 17. Juli. Der „Köln. Volksztg.“ zufolge drohte ein Konflikt wegen der Maßregelung zweier Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbandes auf der Zeche Osterfeld. Kommerzienrath Bieg antwortete dem Vorsitzenden des Gewerbevereins, Brust, er lehne jede fremde Einschüchterung ab, einem dritten Anschlußmitglied sei gekündigt worden. Morgen findet eine Versammlung statt.

Triest, 18. Juli. In Agrumen ist dem Arbeiterstreik beendet, dagegen drohen die hiesigen Fischer und Fassbindergehülsen mit einem Streik, falls die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt werden sollte.

Havre, 17. Juli. Dreihundert Hafenbauarbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

London, 17. Juli. Da die letzten Ausperrungs-Auflösungen in Bolton heute abgeschlossen sind, haben auch die übrigen Maschinenbauer sowie die Arbeiter, welche in den mit dem Maschinenbau in Zusammenhang stehenden Betrieben beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt; etwa 3000 Mann feiern. Auch die Maschinenbauer auf den Schiffswerften in South-Shields haben die Arbeit eingestellt. Die Hauptwerkstätten in Warr, Macclesfield und Randsbottom haben heute 25 v. H. der zur Union gehörenden Maschinenbauer v. H. in Folge dessen haben die übrigen 75 v. H. den Arbeitgebern die Kündigung angeboten.

Stettiner Nachrichten.
Stettin, 19. Juli. Auch in diesem Jahre sind die Kinder des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in Sankt Petersburg im längeren Aufenthalt eingetroffen und haben in den Blockhaus des Prinzen von „Alfau“ Wohnung genommen.
— Die Hühnerjagd wird im Regierungsbezirk Stettin am 23. August, die Jagd auf Hasen und Fasanen u. s. w. am 15. September eröffnet.
— Bei der Internationalen Amateur-Ruder-Meisterschaft in Hamburg am Sonntagtheil nahmen sich auch Stettiner Rudervereine und trugen Siege davon. Bei dem „Cener“ blieb Franz Jentzsch vom hiesigen Ruderverein „Sport-Germania“ Sieger, zweiter wurde Schöke-Damrower, dritter M. H. v. Potsdam. Ferner siegte der hiesige Ruderklub „Triton“ im Doppelzweier ohne Steuermann, zweiter wurde „Sport-Germania“-Stettin, dritter „Virena“-Potsdam.
— Der P. a. w. a. l. k. R. e. i. t. e. r. v. e. i. n. veranstaltet Sonntag, den 25. d. M., auf seiner Rennbahn bei Gieshof 6 größere Pferderennen und zwar 1) 26. Fürtst Putbus-Steeple-Chase — Ehrenpreis Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Putbus für den siegenden Reiter und Vereinspreis 800 Mark. 2) Jockey-Zagden — Preis 1000 Mark. 3) Gieshof-Steeple-Chase — Preis 2000 Mark. 4) Verkauf-Steeple-Chase — Preis 1000 Mark. 5) P. a. w. a. l. k. Steeple-Chase — Preis 1500 Mark. 6) Schluß-Jagd-Mennen — Preis 900 Mark. Ein Ertrag führt an diesen Tage Nachmittag 3² ab Bahnhof P. a. w. a. l. k. nach Beendigung der Rennen nach dortigen zurück.
— Der Vorstand des Vereins der Liqueurfabrikanten und Branntweininteressenten zu Berlin hat beschloffen, beim kaiserlichen Patentamt gegen die in letzter Zeit vielfach erfolgte Entziehung allgemeiner Markenarten, wie „Du hast es nicht!“, „Es ist doch alles da!“, „Sinen zum Abgewöhnen!“, „Mach mich lustig!“ u. s. w. als Wortzeichen vorbringlich zu werden. Es soll darauf hingewiesen werden, daß derartig unbestimmte, allgemein übliche Wendungen sich weder zur Bezeichnung einer bestimmten Waare, aber noch viel weniger einer Waarensorte eignen. Dagegen wäre ein weniger strenge Handhabung des Gesetzes in Sachen der Bildzeichen sehr erwünscht. Gegenwärtig verweigert das Patentamt den Schutz eines Bildzeichens, wenn es auch nur ein einziges, wenn auch unverständliches Theilchen enthält, das sich bereits auf einem früher eingetragenen Zeichen befindet, so daß es schwer hätte neue Etiketts zu erfinden. Daß in dieser Beziehung die Grenzen immer weiter gezogen werden könnten, beweist der Umstand, daß das englische Register 250.000 Zeichen, das deutsche kaum den zehnten Theil davon aufweist.
— Der von auswärts hier eingetroffene Handlungsdiener Michel Wiltsch logirte sich am Sonntagabend in einem Gasthaus am Volkmarkt ein, während der Nacht stellten sich bei demselben Th. b. j. u. d. s. a. n. f. e. l. l. e. ein, er zerstückte das Möbel und im Zimmer und wusch daselbst ein.

